

3.2 Antidiskriminierung und Antirassismus

Im Rahmen des Aktionsprogramms „Integration“ hatte die agah bereits eine Reihe von Vorschlägen, wie diskriminierendem Verhalten und Rassismus entgegenge-wirkt werden kann, entwickelt.

Eine wirksame Antidiskriminierungsarbeit ist nach Auffassung der agah ein wichti-ger Baustein einer erfolgreichen Integrationsarbeit. Vorurteile, Benachteiligungen und Rassismus, aber auch Rechtsextremismus, verhindern Integration. Sie schaden nicht nur den Betroffenen selbst, sondern letztlich auch dem Gemeinwesen. Wer Integration will, muss also alle Formen der Diskriminierung in Staat und Zivilgesell-schaft bekämpfen.

3.2.1 Allgemein

Mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz des Bundes war bereits ein Schritt in die richtige Richtung getan. Es sind jedoch viele weitere Schritte nötig, um zu einer diskriminierungsfreien und -vorbeugenden Politik einerseits und einem vor-urteilsfreien Zusammenleben der Menschen andererseits zu gelangen.

Immer wieder kritisierte die agah zu Beginn des Berichtszeitraums, dass die Frage der Bekämpfung von Vorurteilen, Rassismus und aktives Antidiskriminierungshan-deln in der Landespolitik nur eine sehr untergeordnete Rolle spielen. Die Kritik und die Positionen wurden auch nach 2009 konsequent in den politischen Gesprächen (vgl. Kapitel 4.2 und 4.3) vorgetragen.

Zu Beginn des neuen Jahrzehnts erklärte der agah-Vorstand „Antidiskriminierung“ zu einem seiner politischen Arbeitsschwerpunkte und setzte u.a. mit der Themen-gestaltung der Plenarsitzungen gewichtige eigene Akzente, so am

- 02.06.2012 in Wetzlar:
„Rassismus und Diskriminierungen- Herausforderungen unserer Zeit - Strategien und Wege für ein diskriminierungsfreies Hessen“
- 08.09.2012 in Wiesbaden:
Das „Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen“
- 22.05.2013 in Kassel:
„Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen – neue Entwicklungen“
- 14.06.2014 in Bensheim:
Die Integrations- und Antidiskriminierungspolitik des Landes Hessen 2014 – 2019“
- 30.05.2015 in Hofgeismar:
„Eine aktive Antidiskriminierungsstrategie für Hessen“

- 21.05.2016 in Herborn:
„Empowerment, Sensibilisierung und Öffentlichkeit. Wege zu einer wirkungsvollen Antidiskriminierungsarbeit in Hessen“
- 26.05.2018 in Korbach:
„Das muss man doch wohl mal sagen dürfen!“ Rassismus, Sprache und der shitstorm in den sozialen Medien“

3.2.2 Positionen der agah

Die agah hatte bereits in den Vorjahren ein ausführliches Konzept für eine bessere Antidiskriminierungs- und Antirassismuspoltik entwickelt.

Im Rahmen der Anhörungen der Enquetekommission „Migration und Integration in Hessen“ konnte die agah 2012 ihre – inzwischen weiterentwickelten - Positionen erneut einbringen.

Dabei verwies sie darauf, dass Ungleichbehandlung und Benachteiligungen nach wie vor für viele Menschen zum Alltag gehört. Allerdings wird diese nur in sehr wenigen Fällen von Betroffenen zur rechtlichen/ gerichtlichen Klärung geführt.

Teils liegt dies an den vermuteten geringen Erfolgsaussichten, aber auch am befürchteten finanziellen Risiko. Ergänzend wurde darauf hingewiesen, dass viele (potenzielle) Opfer von Diskriminierung und Rassismus, aber auch (potenzielle) Täter kaum etwas über die rechtlichen Handlungsmöglichkeiten gegen Diskriminierung wissen. Gründe dafür können sein, dass die Antidiskriminierungsgesetzgebung nicht -oder zumindest nicht hinreichend - bekannt ist.

Auch deckt das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) viele relevante Lebensbereiche nicht ab, in denen Betroffene unter Diskriminierungen leiden, wie z.B. der gesamte Bildungsbereich oder das Medienrecht. Dort, wo es greift führt die Unübersichtlichkeit der vorhandenen Regelungen zu einer Einschränkung der Rechtsklarheit.

Nicht zuletzt kommen oftmals insbesondere staatliche Diskriminierungen nicht zur Sprache, werden nicht aktenkundig.

Mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung getan. Es sind jedoch viele weitere Schritte nötig, um zu einer diskriminierungsfreien und -vorbeugenden Politik einerseits und einem vorurteilsfreien Zusammenleben der Menschen andererseits zu gelangen.

- Aus der Sicht der agah sollte eine Überprüfung sämtlicher Rechts- und Verwaltungsvorschriften auf Landesebene im Hinblick auf den Gleichbehandlungsgrundsatz vorgenommen und die unterschiedliche Regelungen für Deutsche und Menschen mit einer anderen Staatsangehörigkeit auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden.

- Ebenso ist die Verankerung des Gleichbehandlungsgrundsatzes und des Diskriminierungsverbots in hessischen Gesetzen vorzusehen. Dazu gehören zum Beispiel der gesamte Bildungsbereich (Hessisches Schulgesetz, Hessisches Hochschulgesetz, Hessisches Weiterbildungsgesetz), das Hessische Beamtengesetz, das Personalvertretungsrecht und das Medienrecht (Gesetz über den Hessischen Rundfunk, Hessisches Privatrundfunkgesetz, Hessisches Pressegesetz).
- Die agah spricht sich weiterhin für ein besonders entschiedenes Vorgehen gegen Beamte, Vertreter/innen der öffentlichen Gewalt und sonstige Staatsbedienstete, die gegen geltende Gleichbehandlungsgesetze verstoßen, aus. Rechtliche Vorschriften zur Antidiskriminierung können nur dann wirksam sein, wenn sie entschlossen durchgesetzt werden.
- Um Regelungen zur Gleichstellung effektiv durchsetzen zu können, ist mindestens eine landesweite unabhängige Antidiskriminierungsstelle nötig. Die Aufgabe dieser Einrichtung soll es sein, Opfer von Diskriminierung zu unterstützen, Diskriminierungen zu dokumentieren, Untersuchungen zu Diskriminierung durchzuführen, Politikberatung sowie Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Diese Anlaufstelle soll von einem Netzwerk aus örtlichen Antidiskriminierungsstellen unterstützt werden, das auf bereits bestehenden Vereinen und Interessenverbänden aufbaut und durch Landesmittel gefördert wird. Zu den Forderungen der agah gehört bereits seit langem der Wunsch nach Einrichtung einer landesweiten unabhängigen Antidiskriminierungsstelle und der Förderung eines unterstützenden Netzwerks aus bestehenden lokalen Vereinen und Interessenverbänden.
- Unterzeichnung der Erklärung „Koalition gegen Diskriminierung“ auch durch das Land Hessen

Weitere Vorschläge:

- Ausschluss von Bewerbern oder Bietern vom Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag durch öffentliche Auftraggeber, wenn diese oder dessen nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigter wegen Diskriminierung verurteilt wurde, entsprechend der Vorschrift betreffend illegaler Beschäftigung.
- die Einrichtung eines „Forums gegen Rassismus“. Nach dem Vorbild der Bundesregierung wird ein Forum gegen Rassismus als Plattform für den Erfahrungsaustausch und den Dialog der Vertreter von NGO's und staatlichen Stellen über alle die Bekämpfung des Rassismus betreffenden Fragen eingerichtet.
- ein auf Hessen bezogenes Aktionsprogramm gegen Vorurteile, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus.

Dieses Programm soll beispielsweise eine Öffentlichkeitskampagne, Förderprogramme, Schulungsmaßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Förderung der Vielfalt sowie eine Kampagne zur Steigerung der Zivilcourage beinhalten. Zusätzlich sollen Weiterbildungsmaßnahmen für in bestimmten (Berufs-) Bereichen unterrepräsentierte Gruppen eingerichtet werden. Nicht zuletzt sollen u. a. durch eine Visualisierung der teils legalen, aber illegitimen, institutionellen und gesellschaftlichen Diskriminierung von ethnischen Minderheiten sensibilisiert und die zivilgesellschaftlichen Strukturen gegen Rassismus und Rechtsextremismus gestärkt werden.

- die Einrichtung eines Hilfsfonds für Opfer von Diskriminierung und rassistischer Gewalt. Damit wird sichergestellt, dass die notwendigen Mittel für Opfer zur Verfügung stehen, um bestehende Rechtsmittel auszuschöpfen oder finanzielle Nachteile, die nicht durch das Opferentschädigungsgesetz gedeckt sind, zu vermeiden.
- eine Prüfung, inwieweit das Nichteingreifen bei rassistisch motivierten Handlungen und Beleidigungen unter Strafe gestellt werden kann
- die Initiierung einer gemeinschaftlichen Selbstverpflichtung von Landesregierung, Parteien, Verbänden, Institutionen und Medien, Migration und Integration sachorientiert zu thematisieren und keine Stereotype zu bedienen, die Rassismus fördern
- die Einführung des Diversity-Management-Konzepts in Ministerien und nachgeordneten Behörden, die Unterstützung der Implementierung in Kommunen und nichtstaatlichen Organisationen und Verbänden
- Dienstvereinbarungen in den Ministerien und im Hessischen Landtag zur Prävention und Vermeidung von Diskriminierungen
- die weitere Förderung des IKARUS Programms
- die Förderung lokaler Initiativen und ehrenamtlicher Projekte gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus
- die Unterstützung professioneller Projekte im Bereich Pädagogik, Beratung und Aufklärung
- eine kontinuierliche und intensivere Auseinandersetzung im Schulunterricht
- eine Förderung wissenschaftlicher Lokalstudien

In einem umfassenden Arbeitspapier wurden zentrale Forderungen nochmals verfeinert und den politischen Akteur*innen 2014 zur Verfügung gestellt.

Es ist erfreulich, an dieser Stelle und beim Abfassen dieses Berichts erwähnen zu können, dass zentrale Punkte der agah inzwischen Eingang in die Hessische Landespolitik gehalten haben. Beispiele:

- in den Koalitionsverträgen der Landesregierungen seit 2013 nehmen Maßnahmen gegen Diskriminierung inzwischen einen deutlich breiteren Raum ein
- am 31.03.2014 unterzeichnete das Land Hessen die „Koalition gegen Diskriminierung“
- in 2015 wurde eine Antidiskriminierungsstelle im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration eingerichtet
- seit 2017 fördert das Land eine unabhängige landesweite Antidiskriminierungsberatungsstelle
- in 2018 legte das Land eine Antidiskriminierungsstrategie vor
- seit 2018 fördert das Land regionale Antidiskriminierungsnetzwerke.

Bedauerlich ist, dass eine der wichtigsten Forderungen der agah und vieler Kooperationspartner*innen nach einem Landesantidiskriminierungsgesetz bis heute nicht umgesetzt wurde.

3.2.3 Diversity als Diskriminierungsprävention

Vor allem global agierende Wirtschaftsunternehmen haben seit längerer Zeit erkannt, dass eine monokulturelle Ausrichtung ihres Betriebes und der Belegschaft der Entwicklung ihres Unternehmens nicht förderlich ist und vorhandene Ressourcen und Potenziale nicht ausreichend ausschöpfen bzw. nutzen.

Zunehmend wird daher auch in Deutschland Diversity Management als Konzept der Unternehmensführung eingesetzt, das die Verschiedenheit der Beschäftigten nicht nur beachtet, sondern sie zum Nutzen aller Beteiligten und des Unternehmens gestaltet.

Für die agah ein lohnenswerter Ansatz, um Diskriminierungen bereits präventiv zu begegnen und bereits bestehenden Vorurteilen adäquat zu begegnen. Im Berichtszeitraum wurde daher intensiv darum geworben, dieses erfolgreiche Konzept auch in anderen gesellschaftlichen Bereich anzuwenden.

Nach den Vorstellungen der agah soll das Konzept des Diversity Management insbesondere für staatliche Stellen und nichtstaatliche Organisationen weiterentwickelt und eingesetzt werden. Dies fördert nicht nur die Chancengleichheit, vermittelt ein Bewusstsein für Vielfalt und die notwendige Kompetenz für den erfolgreichen Umgang mit Vielfalt, sondern verhindert Benachteiligungen und Diskriminierungen.

Die agah unterstütze daher u.a. die „Charta der Vielfalt“ (vergleiche Kapitel 3.1.3.3).

3.2.4 Diskriminierungsfälle und Rassismus

Beschwerden über diskriminierendes Verhalten erreichten die agah auch im Berichtszeitraum. Die Zahl erhöhte sich nach dem Anstieg in den Vorjahren erneut. Dies betrifft sowohl die subtilen Formen der Diskriminierung und des Rassismus als auch offene Benachteiligung. Bemerkenswert ist zudem, dass die Sensibilität der Betroffenen als auch der Mut, Diskriminierungen offen zu benennen, spürbar gestiegen ist. Seit 2012 wurden die Einzelfälle weitgehend über die Projekte verfolgt.

Anders verhielt es sich bei Vorfällen, die öffentlich bekannt wurden:

- Ende August 2010 reagierte die agah auf rassistische Äußerungen von Bundesbankvorstand Thilo Sarrazin, forderte dessen Amtsenthebung und stellte im September Strafanzeige. Begründet wurde dies damit, dass die Äußerungen einen Angriff auf die Menschenwürde darstellten und den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen. Begleitet wurde dies mit entsprechenden Presseveröffentlichungen. Leider blieb die Anzeige ohne Erfolg.
- Anfang September 2010 erhielt die agah Kenntnis über die Ankündigung eines Wächtersbacher Allgemeinarztes, kopftuchtragende Frauen und Mädchen nicht mehr zu behandeln. Die agah reagierte mit einer Pressemitteilung, verurteilt die Idee als skandalös und verwies darauf, dass solche Handlungen das hohe Gut des bisher gut funktionierenden Miteinanders gefährden.
- Nachdem kurz danach eine Türkin im hessischen Kirchhain Opfer eines offenbar rassistischen Übergriffs wurde verwies die agah in einer weiteren Pressemitteilung auf mögliche Zusammenhänge mit der öffentlichen Diskussion über Sarrazin und Wächtersbach und forderte, die Bekämpfung von Rassismus stärker auf die Agenda der hessischen Integrationspolitik zu setzen. Es dürfe nicht weiter so getan werden, als ob die Probleme der Integration ausschließlich bei den Migranten zu suchen sind. Realität sei, dass ein erheblicher Teil der Deutschen nach wie vor ein großes Problem mit Zugewanderten hat. Eine Integrationspolitik, die als integrierende Gruppe ausschließlich die Migranten im Focus hat, ist jedoch zum Scheitern verurteilt. Mehr Bildung und nachholende Integrationsprogramme sind wichtig. Genauso wichtig sind Maßnahmen gegen Diskriminierung und Alltagsrassismus! Der Landesausländerbeirat forderte zugleich, die politische Debatte zukunftsorientiert zu führen. Eine Kultur der Anerkennung und Wertschätzung heißt auch Ängste und Vorbehalte vieler Deutscher abzubauen.
- Im Februar 2012 protestierte die agah öffentlich und beim hr mit dürftigem Erfolg gegen eine Büttensenre in der Sendung des hr „Frankfurt: Helau“, die auch in der ARD ausgestrahlt wurde. Die Büttensenre über Integration zu Beginn der Sendung habe die Grenze der „Narrenfreiheit“ deutlich überschritten und sei eine öffentlich-rechtliche Zurschaustellung von rassistischen Vorurteilen und im Ergebnis eine einzige Erniedrigung einer ganzen

Bevölkerungsgruppe. Die Büttnerin habe als „Türkin Aysel“ fast alle, gegenüber Türken bestehenden Vorurteile wie z.B. Kriminalität, Gewalt oder Klischees von der Unterdrückung der Frau und schlechter Bildung bedient. Der Beitrag sei eine Aneinanderreihung negativer Assoziationen gegenüber Türken und habe mit forschen Mitteln nichts als Abgrenzung praktiziert. Ein anderer Hintersinn sei bei bestem Wohlwollen nicht erkennbar. Die agah kritisierte, dass karnevalistische Freiheit zwar ein hohes Gut sei, hier aber alle Regeln des Anstandes verletzt wurden.

Trotz der massiven Kritik auch aus weiten Teilen Deutschlands und aus Reihen des Rundfunkrates entschied der Sender, die Sendung mit dem Beitrag wenig später zu wiederholen. Die agah protestierte erneut.

- Anlässlich des Starts des „Netzwerks gegen Diskriminierung Hessen“ forderte die agah im Juli 2012 eine neue Kultur des Miteinanders. Der Vorsitzende Di Benedetto betonte auf einer Pressekonferenz im Beisein der Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes Lüders, dass Diskriminierung jedoch nach wie vor fester Bestandteil des täglichen Miteinanders ist. Wer dies leugne, ignoriere die hessische Realität. „Es ist unerträglich, dass Ausgrenzungen und Anfeindungen, denen Menschen täglich in Hessen ausgesetzt sind, von der Mehrheitsgesellschaft meist stillschweigend hingenommen und von der Politik ignoriert werden. Wir brauchen jetzt eine neue Kultur des Umgangs und der Auseinandersetzung im Kampf gegen Diskriminierung. Dazu ist es wichtig, dass man dieses essentielle Thema enttabuisiert und sich eingesteht, dass das Problem in der Mitte der Gesellschaft weiter besteht.“
- Im August 2012 forderte die agah Konsequenzen aus dem Verhalten des MdL Hans-Jürgen Irmer, CDU, der im Ramadan gegen Muslime angestachelt und dem Islam bewusste Täuschung unterstellt hatte. Das Verhalten des Abgeordneten dürfe nicht bagatellisiert werden, seine Entbindung vom Amt des bildungspolitischen Sprechers sei notwendig.

Weitere Pressemitteilungen im Zusammenhang mit rassistischen Äußerungen, Vorwürfen oder Vorfällen:

- | | |
|------------|--|
| 08.02.2013 | Hahn kein Rassist, aber so auf jeden Fall kein Debattenstart
Landesausländerbeirat hält politische Schelte gegen Integrationsminister für ungerechtfertigt |
| 05.06.2013 | Angriff auf Rabbiner in Offenbach
Wir gehören zusammen!
Di Benedetto verurteilt offensichtlich antisemitischen Vorfall |

- 10.09.2013 Pressekonferenz
Kampagne Weltoffenes Hessen
- 26.11.2013 **Schwarz-grüne Koalitionsgespräche dürfen Antirassismuskonzepte nicht ausklammern!**
Landesausländerbeirat fordert von CDU und Grünen deutliche Signale gegen Rassismus und Diskriminierung und die Verankerung einer modernen und nachhaltigen Integrationspolitik.
- 10.01.2014 CSU und Zuwanderung
Ein gefährliches Spiel mit dem Feuer
Aktuelle Umfragen bestätigen drohende Schäden durch populistische Scheindebatte über 'Armutseinwanderung'
- 13.01.2014 **Wer Brandbeschleuniger wirft, darf sich hinterher nicht wundern, dass es brennt.**
Entsetzen über Übergriff auf Asylbewerberheim/ Sorge um rassistischen Hintergrund/Landesausländerbeirat fordert mehr Maßnahmen gegen Rassismus
- 25.02.2014 Rassismus
Schärferes Vorgehen gegen Rassismus ist längst überfällig!
Landesausländerbeirat begrüßt den Deutschlandbericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarates und fordert weitere Maßnahmen im Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit
- 17.09.2014 **Bundesweiter Aktionstag gegen Rassismus am 18. September**
Innenminister, Integrationsbevollmächtigter und agah gemeinsam entschieden gegen Diskriminierung in all ihren Facetten
- 23.10.2014 **Aktiv gegen Diskriminierung**
Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen zieht positive Bilanz/Hilfe für Betroffene/Landesantidiskriminierungsgesetz unverzichtbar
- 30.10.2014 **Entsetzen und Trauer**
Nach dem gewaltsamen Tod eines Afrikaners in Limburg: Landesausländerbeirat fordert aktive Antirassismusstrategien

- 11.11.2014 **Landesantidiskriminierungsstelle: Richtungsweisend**
Unterstützung angekündigt/Landesausländerbeirat will
aber ergänzendes und unabhängiges Beratungsangebot
- 12.01.2016 Gewalt und Rassismus
Ein neues Hoyerswerda ist denkbar
Landesausländerbeirat warnt vor Zuspitzung der Ge-
walt/Verschärfung des Asylrechts ist keine Lösung
- 22.02.2016 Clausnitz und Bautzen/Rassismus
Nur die Spitze des Eisbergs
Landesausländerbeirat warnt vor weiteren Eskalationen
und einer Kettenreaktion auch in den alten Bundeslän-
dern/schnelles Handeln gefordert
- 24.02.2016 Angriffe auf Flüchtlingsheim und Ahmadiyya-Gebetsraum
**Rassismus und Gewalt dürfen keinen Platz in Hessen be-
kommen**
- 25.07.2018 Ausländerfeindlicher Übergriff im osthessischen Birstein
Ein unerträglicher neuer Zeitgeist - jetzt auch in Hessen?
Landesausländerbeirat fordert umfassende Aufklärung und
mehr politische Maßnahmen gegen Rassismus

Alle Veröffentlichungen sind auf der Seite www.agah-hessen.de unter Presse dokumentiert.

3.2.5 Antidiskriminierungsprojekte

Spätestens mit der Priorisierung der Antidiskriminierungsarbeit seit 2010 wurde deutlich, dass die Zielsetzungen kaum mit der Zahl der agah zur Verfügung stehenden Mitarbeiter*innen zu erreichen war. Gleichzeitig wurde deutlich, dass aufgrund der schon bestehenden Zusammenarbeit eine engere Vernetzung mit weiteren Akteur*innen auf dem Gebiet der Antidiskriminierung gerade auf Landesebene dringend war mit dem Ziel, die Arbeit besser zu koordinieren und die Arbeit in allen Merkmalsgruppen des AGG auszuweiten. Erste Ideen dazu wurden bereits frühzeitig auch mit der Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes erörtert. Zugleich war bereits zu diesem Zeitpunkt deutlich, dass die Zahl der Beschwerden und Einzelfälle ständig zunahm, die von der agah nicht mehr quasi nebenbei betreut und nachverfolgt werden konnten.

3.2.5.1 Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen

Mit dem Netzwerk gegen Diskriminierung, das 2012 durch die agah initiiert und zunächst für zwei Jahre durch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes im Rahmen der „Netzwerke gegen Diskriminierung“ gefördert wurde, gelang ein erster guter Schritt in diese Richtung.

Ziel des Netzwerks war und ist, Rassismus und Diskriminierungen umfassend entgegen zu wirken.

Dazu gehört die Vernetzung unterschiedlicher Akteur_innen, eine nachhaltige Weiterbildung im Sinne des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes bei Beratungsstellen, Beratung im Einzelfall, die Förderung präventiver Maßnahmen und nicht zuletzt eine breite Öffentlichkeitsarbeit.

Bis zum Ende des Berichtszeitraums waren über 100 Organisationen Kooperationspartner_innen im Netzwerk. Sie tauschen sich im Berichtszeitraum in regelmäßigen Treffen untereinander aus. Ein Schwerpunkt der Arbeit lag in den Jahren der Förderung in der Einzelfallberatung bei Diskriminierungen. Dazu richtete das Netzwerk eine Beschwerde- und Beratungshotline, die bis 2016 betrieben wurde und an die sich Betroffene wenden konnten. Außerdem schulte das Netzwerk seine Mitglieder und arbeitet aktiv mit öffentlichen Institutionen zusammen.

Das Netzwerk konnte sich in kurzer Zeit landesweit etablieren und war sowohl in der Zivilgesellschaft als auch von staatlichen Stellen anerkannt. Die entstandenen Strukturen und gebündelten Kompetenzen bildeten vielfach eine Brückenfunktion zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Stellen. Das eröffnete die Möglichkeit, Aufklärungsarbeit zu leisten und Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam mit den Akteur_innen aus unterschiedlichen Bereichen zu gestalten. Die Hauptziele des Netzwerks gegen Diskriminierung ließen sich in den fünf Kategorien Vernetzung, Qualifizierung, Beratung, Prävention und Öffentlichkeitsarbeit zusammenfassen.

Vernetzung

Die Vernetzung der Netzwerkpartner_innen bildete die Grundlage des gemeinsamen Handelns. Die Zusammenarbeit wurde in Form von quartalsmäßigen Treffen entwickelt. Der Erfahrungsaustausch während der Netzwerktreffen war eine wichtige Grundlage für die Zusammenarbeit. Außerdem fanden regelmäßig Treffen der Lenkungsgruppe statt. Die Lenkungsgruppe bestand aus einer ausgewählten Gruppe der Netzwerkpartner_innen, die jedes Diskriminierungsmerkmal nach dem AGG beinhalten sollte.

Qualifizierung

Im Bereich Qualifizierung wurden Basis- und Aufbauschulungen zum AGG angeboten. Zusätzlich wurden auch Beraterschulungen durchgeführt, denen die Beratungsstandards des Antidiskriminierungsverbands Deutschlands (advd) zugrunde lagen.

Beratung

Beratung war von Anfang an ein wesentliches Ziel des Netzwerks. Die Beratung sollte auf die Bedürfnisse und Wünsche der Betroffenen eingehen.

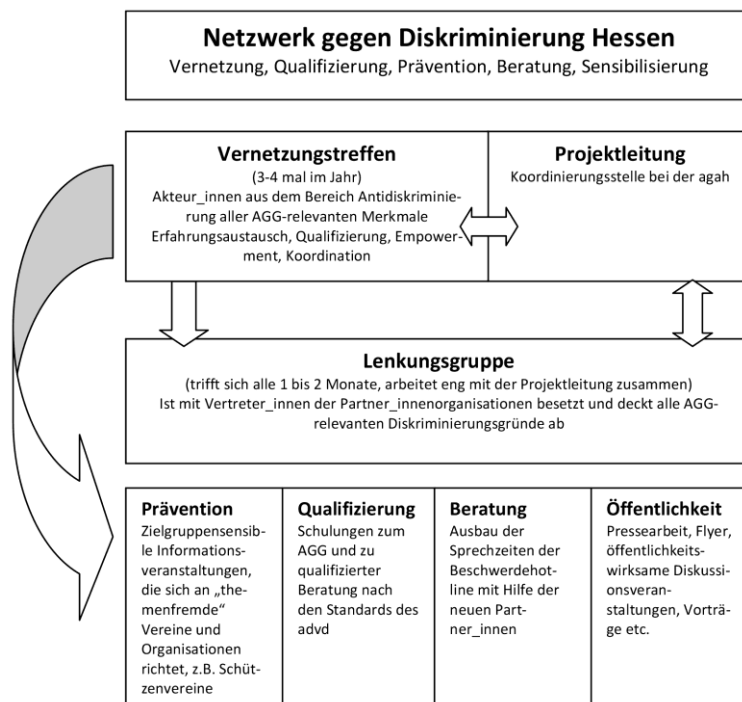
Prävention

Der Bereich umfasste die Entwicklung von Konzepten und Handlungsanleitungen zur nachhaltigen Bekämpfung von Diskriminierung. Es sollte nicht nur reaktiv, sondern auch präventiv gegen die Muster und Strukturen vorgegangen werden, die Diskriminierungen begünstigen. Es galt zudem, die Implementierung von Präventionsmaßnahmen in Kommunen, Organisationen und Unternehmen voranzutreiben.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit des Netzwerks war eine weitere, sehr zentrale- und zugleich Querschnittsaufgabe. Durch Diskussionsveranstaltungen, die Publikation von Flyern, Pressekonferenzen, Vorträgen, Teilnahme an runden Tischen, Radiointerviews etc. sollte es gelingen, viele Menschen anzusprechen und auf unseren Arbeitsbereich aufmerksam zu machen.

Die Strukturen des Netzwerks richteten sich an den fünf Arbeitsschwerpunkten aus. Die Projektleitung organisierte in Kooperation mit dem Netzwerkmitgliedern Vernetzungs- und Austauschtreffen. Einige Netzwerkpartner_innen trafen sich regelmäßig, um als Lenkungsgruppe zusammen zu arbeiten. Andere Netzwerkmitglieder schlossen sich zu einzelnen Teams zusammen und erarbeiteten konkrete Handlungsstrategien.



Im ersten Projektjahr wurde mit Organisationen zusammengearbeitet, die sich in den Merkmalen Herkunft und weltanschauliche Überzeugung/Religion verorten ließen.

Für das zweite Förderjahr war vorgesehen, alle weiteren, durch das AGG geschützten Merkmale zu berücksichtigen und dementsprechend bei Organisationen um eine Kooperation zu werben, die diesen Merkmalen entsprechen. Ebenso wurde zu Beginn des Projektes festgelegt, dass auch die Diskriminierung auf Grund der sozialen Herkunft oder des Status im Verlauf der Netzwerkarbeit Berücksichtigung finden soll. Dies entspricht dem sogenannten horizontalen Ansatz. Das bedeutet, dass in der Antidiskriminierungsarbeit alle Merkmale gleichwertig und gleichrangig sind.

Das Ziel, ein horizontal arbeitendes Netzwerk aufzubauen, wurde jedoch nur bedingt erreicht. Zwar ist es gelungen, weitgehend zu allen im AGG aufgeführten Diskriminierungsmerkmalen Organisationen als Partner_innen zu gewinnen, jedoch zeigt sich ein deutliches Ungleichgewicht in der Verteilung der Merkmale. Auf Grund bereits bestehender Kontakte des Projektträgers, seiner Arbeitsschwerpunkte und des Projektschwerpunktes auf Herkunft und Weltanschauung/ Religion ergab sich ein Ungleichgewicht zu Gunsten dieser beiden Merkmale gegenüber den anderen Merkmalen. Dieses Verhältnis konnte auch in den Folgejahren nur bedingt ausgeglichen werden.

Beratung

Dies zeigt sich zum Teil auch an der Art der bearbeiteten Fälle. Insgesamt hat das Netzwerk allein in den ersten beiden Jahren über 100 Fälle bearbeitet.

Mit Stand vom 30. April 2014 ergab sich jedoch, dass sich davon 61 alleine auf die ethnische Herkunft bzw. äußere Erscheinung bezogen.

Ein Großteil der Fälle hatte zudem Bezug zum Arbeitsmarkt und zu Behörden. Dies änderte sich zunehmend im Sommer 2014, als uns regelmäßig auch Anfragen Deutscher erreichten, die neben Behörden auch Nachbarschaftskonflikte und Diskriminierungen im Freizeitbereich aufzeigten.

Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer betrug sechs Wochen. Insgesamt verteilte sich die Arbeitsintensität in den Fällen jedoch sehr unterschiedlich.

Qualifizierung

Schwerpunkt der Qualifizierung waren Fortbildungsangebote insbesondere zum AGG, aber auch zur Beratungsarbeit. Folgende Veranstaltungen wurden, zum Teil in Kooperation mit Dritten, durchgeführt:

- 15.09.2012 AGG-Schulung, Wiesbaden
- 09.12.2012 AGG-Schulung, Marburg
- 15.12.2012 AGG-Schulung, Frankfurt am Main
- 13.04.2013 Berater_innenschulung, Gießen
- 28.09.2013 Multiplikator_innenschulung der Hessischen Polizei, Offenbach
- 18.01.2014 Schulung zum AGG und zur Beratungsarbeit, Frankfurt am Main

- 04.-05.07.2014 Schulung „Antidiskriminierungsarbeit, psychosoziale Beratung und Interventionsmöglichkeiten“, Frankfurt am Main

Mit den Maßnahmen konnten etwa 130 Personen qualifiziert werden.

Prävention

Eine Vielzahl von Maßnahmen dienten Prävention und Bewußtseinsbildung. Beispielhaft seien an dieser Stelle zwei Testings in Diskriminierungsfällen genannt, so im Februar 2013 bei O2 und im September 2013 bei IKEA. Auch dienten viele der Gespräche und Vorträge bei Veranstaltungen diesem Ziel.

Öffentlichkeitsarbeit

Wichtiger Baustein der Aktivitäten des Netzwerks ist im weiteren Sinne die Öffentlichkeitsarbeit. Dazu gehören Pressekonferenzen und Pressegespräche, Vorträge und Referate, Infostände, aber auch die Herstellung und Verteilung von Flyern sowie eigene öffentliche Veranstaltungen. Eine Dokumentation erfolgt nicht im Rahmen dieses Berichts.

Ergebnisse:

1. Durch die Zusammenarbeit und das gemeinsame politische Gewicht der Akteur_innen im Netzwerk konnte das Thema Diskriminierung gut in der Öffentlichkeit zur Sprache gebracht werden. So wurde das Netzwerk allein in den ersten beiden Jahren über 30 Mal angefragt, um bei öffentlichen Veranstaltungen seine Arbeit darzustellen. In eigenen Veranstaltungen konnten wichtige Akteur_innen aus der Landespolitik ins Gespräch mit der Öffentlichkeit gebracht werden. Ebenso sind Einzelfälle und die Arbeit des Netzwerkes in verschiedenen Druckerzeugnissen (Zeitungen, Magazine) dokumentiert worden.
2. Auch wenn die Netzwerkarbeit nicht idealtypisch an den Vorgaben ausgerichtet werden konnte, war das Netzwerk gegen Diskriminierung - trotz zum Teil ungünstiger Rahmenbedingungen - als zentrale Struktur der Antidiskriminierungsarbeit bei allen relevanten Akteur_innen in Hessen bekannt. Das hat auch in den jeweiligen Einzelorganisationen das Bewusstsein für die Thematik erhöht und die Notwendigkeit gegenseitigen Austausches verdeutlicht.
3. Insbesondere das Angebot einer direkten Beratung durch die Telefonhotline oder durch ein persönliches Beratungsgespräch wurde gut angenommen. Dies stellte das Netzwerk jedoch vor große Herausforderungen in der Fallbearbeitung, weil selbst die Verweisberatung einen erheblichen Anteil der verfügbaren Personalressourcen in Anspruch nahm. Die Sprechzeiten der Hotline wurden in der zweiten Förderphase deutlich erweitert.
4. Die Einrichtung lokaler Beratungsstellen und mobiler Beratungsteams wurde angestoßen.

Ein ausführlicher Bericht des Projekts kann bei Bedarf angefordert werden.

Nach Auslaufen der Bundesförderung konnte die Arbeit des Netzwerks nur noch eingeschränkt und mit hohem ehrenamtlichem Aufwand fortgesetzt werden. Bemühungen, eine Anschlußfinanzierung durch das Land zu erreichen, blieben bis 2018 erfolglos. Dann konnte durch AdiNet zumindest im Rhein-Main-Gebiet die Arbeit mit hauptamtlichen Kräften wieder fortgesetzt werden (vergleiche 3.2.5.4)

Dennoch traf sich das Netzwerk bis Ende des Berichtszeitraum weiterhin regelmäßig, wenn auch in größeren Abständen. Das Folgeprojekt „Empowerment, Sensibilisierung und Öffentlichkeit. Wege zur einer wirkungsvollen Antidiskriminierungsarbeit in Hessen“ setzte an der Arbeit des Netzwerks an und professionalisierte die Arbeit im Rahmen des Netzwerks gegen Diskriminierung (vergleiche Kapitel 3.2.5.2).

Die einlaufenden Beratungsanfragen wurden überwiegend nicht mehr in einer Einzelfallberatung bearbeitet, sondern nur noch an Dritte verwiesen.

Die auf Facebook eingerichtete Gruppe des Netzwerks wird weiterhin administrativ betreut.

3.2.5.2 Empowerment, Sensibilisierung und Öffentlichkeit. Wege zu einer wirkungsvollen Antidiskriminierungsarbeit in Hessen

Gegenstand des Projektes, das von 2015 – 2017 durchgeführt wurde, war die weitere Professionalisierung der hessischen Antidiskriminierungsarbeit im Rahmen des Netzwerks gegen Diskriminierung Hessen durch

- Empowerment der zumeist ehrenamtlich tätigen Akteure mit Focus auf Betroffenenengruppen,
- Qualifizierung von Berater_innen und eine Verbesserung der dokumentarischen Auswertung von Beratungsfällen.
- Maßnahmen zur öffentlichen Sensibilisierung im Themenfeld und Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung
- Politikberatung im Hinblick auf eine Verstärkung der themenbezogenen Antidiskriminierungsarbeit durch staatliche Stellen und Behörden sowie der Entwicklung einer Antidiskriminierungsstrategie des Landes Hessen, die sich an den Bedarfen der von Diskriminierung Betroffenen orientiert.
- Landesweite Treffen mit LADS und Opferberatungsstelle zwecks Positionierung und Koordinierung der Angebote und Arbeitsfelder
- Qualitäts- und Konzeptentwicklung für Antidiskriminierungsberatungsstellen hessenweit
- Landesweite Treffen zwecks Systematisierung und Aufbau von dezentralen Antidiskriminierungsberatungsstellen unter Berücksichtigung des horizontalen Ansatzes

Handlungsfelder und Ziele des Projekts waren u.a.:

- Empowerment der Betroffenenengruppen

- Schulungen zur Qualifizierung
- Gesellschaftliche und politische Sensibilisierung und Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung von Diskriminierungen mit Fokus auf die Bereiche Bildung, Arbeit und den kommunalen Raum durch Fachtagungen und einer dezentralen Veranstaltungsreihe, die die örtlichen Bedarfe berücksichtigt und alle kommunalen Akteure (Politik, Verbände, Organisationen, Wirtschaft, Betroffenengruppen) an einen ‚Tisch‘ bringt. Letztere hatte vor allem zum Ziel, das Problembewusstsein für Diskriminierungen zu schärfen und lokale Aktionspläne, aber auch regionale Anlaufstellen für Betroffene von Diskriminierung zu initiieren. Dieser Prozess wurde durch Gespräche und Beratung, ggfs. auch Kooperationen mit staatlichen und kommunalen Stellen, aber auch begleitende Öffentlichkeitsarbeit unterstützt.
- Die qualifizierte Beratung und Begleitung des im Projektzeitraums beginnenden Prozesses der Etablierung einer Landesantidiskriminierungsstelle sollte sicherstellen, dass die Erfahrungen des Netzwerks seit 2012 und die Perspektiven der Betroffenen ausreichend qualitativ und quantitativ Berücksichtigung finden. Dies galt insbesondere für die Notwendigkeit eines empathischen und parteilichen landesweiten Beratungsangebotes, aber auch für eine Implementierung von wirksamen Maßnahmen zur Verhinderung von Diskriminierungen in allen Zuständigkeitsbereichen des Landes Hessen.
- Die Datenerfassung und Auswertung von Beratungsanfragen sollte sicherstellen, dass die Erkenntnisse systematisch dargestellt und als Grundlage weiteren Handelns genutzt werden können.

Die Maßnahmen bestanden u.a. in:

- Empowermenttrainings:
 - Entwicklung, Konzeption und Durchführung von mindestens ganztägigen Empowermenttrainings einschließlich Erstellung und Versendung von Einladungsflyern, Auswertung
- Veranstaltungen:
 - Öffentliche Fachtagungen zu Antidiskriminierungsstrategien
 - Entwicklung einer Veranstaltungsreihe zum Thema „Antidiskriminierungsstrategien - Ansätze für die Arbeit vor Ort“
 - Begleitende Öffentlichkeitsarbeit
 - Zusammenfassung der Ergebnisse der Veranstaltungen
- Politikberatung:
 - Aktive Begleitung und Beratung bei der konzeptionellen Entwicklung der neuen Landesantidiskriminierungsstelle Hessen aus Sicht der NGO's bzw. der Projektpartner_innen (Hessisches Ministeriums für Soziales und Integration)
 - Sensibilisierung für die Notwendigkeit einer aktiven Antidiskriminierungsarbeit mit öffentlichen Stellen (im Zuständigkeitsbereich des HMdI, des Kultusministeriums). Entwicklung von Kooperationen
- Öffentlichkeitsarbeit:
 - Pressekonferenz zur Vorstellung des Projekts

Zusätzlich: Arbeit als Beratungsstelle

- Beratungsfälle:
 - Datenerfassung, Dokumentation und Auswertung im Projektzeitraum
- Weiterqualifizierung
 - AGG – Schulung und Beratungsschulungen
- Begleitende Maßnahmen zur Bekanntmachung der Beratungsarbeit:
 - Erarbeitung, Druck und Verteilung eines Flyers

Auswahl der Schulungen und Veranstaltungen im Rahmen des Projekts:

03.12.2015	„Erst- und Verweisberatung - mit Einführung in die Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)-Grundlagen“ Schulung, Frankfurt am Main
04.12.2015	„Vermittlung von Beratungskompetenzen nach den Standards des Antidiskriminierungsverband Deutschland (ADVD)“ Schulung, Frankfurt am Main
12.11.2015	„Strukturelle Diskriminierung in der Arbeitswelt“ Tagung, Frankfurt am Main
09.12.2015	„Diskriminierungsstrukturen im Bildungswesen“ Fachtagung, Frankfurt am Main
01.07.2016	„Mehrdimensionale Antidiskriminierungsarbeit für Rainbow-Refugees in Hessen“ Vernetzungssitzung, Frankfurt am Main
30.09.2016	Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen Netzwerktreffen und Schulung, Frankfurt am Main
07.10.2016	„JA zur Vielfalt! - Akzeptanz von Geflüchteten aller sexuellen und geschlechtlichen Identitäten“ Tagung, Gießen
25.11.2016	„Antidiskriminierungsberatung“ Schulung, Frankfurt am Main
19.05.2017	„Empowerment - (Em)brace Yourself! Diskriminierung erkennen und bekämpfen“ Empowermenttraining, Frankfurt am Main
29.09.2017	„(Anti)Diskriminierung aus verschiedenen Blickwinkeln“ Workshop, Frankfurt am Main

17.11.2017 „#ihrseidnichtalle Vielfalts- statt "Mehrheitsgesellschaft"
Fachtagung, Wiesbaden

Ausführliche Sachberichte stehen bei Bedarf zur Verfügung.

3.2.5.3 Forum der Vielfalt

Seit Juni 2018 führt die agah das Projekt „Forum der Vielfalt – Sexuelle und geschlechtliche Identitäten in der Migrationsgeschichte“, gefördert aus Mitteln des „Landesaktionsplans für Akzeptanz und Vielfalt in Hessen“ durch die Antidiskriminierungsstelle im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration durch.

Grundlage des Projekts ist die wichtige Erkenntnis aus der Netzwerkarbeit, dass ein kritisch, nachhaltiger und gleichzeitig von Wertschätzung getragener Dialog der einzelnen Merkmalsgruppen nach dem AGG untereinander noch unzureichend ist. Insbesondere fehlen gemeinsame Räume, um sich mit Werten und Normen anderer Merkmalsgruppen auseinanderzusetzen. Mangelndes Verständnis und Vorurteile prägen nicht selten auch die Einstellung gegenüber Angehörigen anderer von Diskriminierung betroffenen Gruppen. Intersektionale Diskriminierungen stehen bislang kaum im (öffentlichen) Fokus. Von Mehrfachdiskriminierung Betroffene stehen oft vor der Wahl, sich selbst entweder mit der einen oder anderen Gruppe identifizieren zu sollen. Besonders ausgeprägt ist diese Erkenntnis bei Angehörigen der (religiös-)migrantischen und/oder LSBTT*IQ Communities.

Mit dem Projekt soll ein auf gegenseitiger Anerkennung und Wertschätzung beruhender Dialog zwischen den LSBTT*IQ Communities und denen der Menschen mit Migrationshintergrund initialisiert und begleitet werden. Er zielt darauf ab, unterschiedliche Lebensentwürfe aufgrund sexueller/geschlechtlicher Identitäten, kultureller oder religiöser Traditionen sichtbar zu machen, gegenseitiges Verständnis zu schaffen. Mit eigenen Norm- und Wertvorstellungen soll sich kritisch auseinandergesetzt werden, so dass bestehende Vorurteile abgebaut werden.

Zum anderen zielt das Projekt darauf ab, die persönliche Situation von LSBTT*IQ mit Migrationshintergrund bzw. aus traditionellen oder religiösen Kreisen zu verbessern. Schätzungen zufolge betrifft dies ca. 100.000 LSBTT*IQ alleine in Hessen. Hier können die vorhandenen Strukturen von migrantischen Selbstorganisationen/Religionsgemeinschaften und LSBTT*IQ Organisationen aus dem *Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen* genutzt werden, um Vorurteile und intersektionale Diskriminierung zu erkennen und zu bekämpfen.

Unser Vorhaben hat einen intersektionalen Ansatz, um einen transkulturellen und religionssensiblen Dialog zu schaffen.

- Regelmäßige Dialogforen "Forum der Vielfalt" zwischen migrantischen Selbstorganisationen/Religionsgemeinschaften und LSBTT*IQ Organisationen in den verschiedenen Regionen Hessens

- Vernetzung zwischen Ansprechpartner*innen von migrantischen Selbstvertretungsorganisationen/Religionsgemeinschaften und LSBTT*IQ Organisationen
- Sensibilisierungstrainings zu intersektionaler Diskriminierung innerhalb und außerhalb migrantischen Selbstvertretungsorganisationen/Religionsgemeinschaften sowie LSBTT*IQ Organisationen
- Empowermenttrainings für vulnerable Statusgruppen wie LSBTT*IQ Migrant*innen und LSBTT*IQ Geflüchtete innerhalb und außerhalb migrantischen Selbstvertretungsorganisationen/Religionsgemeinschaften sowie LSBTT*IQ Organisationen.
- Initiierung und Koordinierung der Durchführung und Auswertung einer Befragung zu möglichen Vorurteilstrukturen in migrantischen Selbstvertretungsorganisationen/Religionsgemeinschaften sowie LSBTT*IQ Organisationen in Kooperation mit einer externen wissenschaftlichen Fachstelle/Hochschule. Erstellung einer Handlungsempfehlung.

Das Projekt greift damit auch ausdrücklich eine Vielzahl der Ziele des „Hessischen Aktionsplans für Akzeptanz und Vielfalt“ auf:

- Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt
 - Offenes und diskriminierungsfreies Leben
 - Vorbeugung von homo- und trans*feindlicher Gewalt
 - Sichtbarkeit von LSBT*IQ durch Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung
 - Verbesserung der Datenlage durch Forschung und Studien
 - Unterstützung bei der Entwicklung von Strukturen, Vernetzung und Austausch
 - „Hilfe zur Selbsthilfe“ (Empowerment)
- und leistet einen Beitrag zu deren Umsetzung.

Insbesondere wird es zu mehr Sensibilität hinsichtlich Mehrfachdiskriminierung von LSBTT*IQ Menschen mit Migrationshintergrund und LSBTT*IQ Geflüchteten führen.

Auszug aus den Maßnahmen 2018:

- | | |
|------------|---|
| 05.06.2018 | Gespräch mit Staatssekretär Klose und Übergabe des Förderbescheids für das Projekt „Forum der Vielfalt“, Wiesbaden |
| 14.09.2018 | „Forum der Vielfalt“
Veranstaltung
Veranstalter: Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen, agah-Landesausländerbeirat/Projekt „Forum der Vielfalt“, Darmstadt |
| 27.10.2018 | „Intersektionale Diskriminierung“
Sensibilisierungstraining
Veranstalter: Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen, agah-Landesausländerbeirat/Projekt „Forum der Vielfalt“, Frankfurt am Main |

28.10.2018	Empowermenttraining für Personen mit Mehrfachdiskriminierung Veranstalter: Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen, agah- Landesausländerbeirat/Projekt „Forum der Vielfalt“
23.11.2018	„Queere und rassistische (Un-) Sichtbarkeiten“ Fachtagung Veranstalter: Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen, agah- Landesausländerbeirat/ Projekt „Forum der Vielfalt“, Wiesba- den
03.12.2018	Forum der Vielfalt Dialogtreffen Veranstalter: agah-Landesausländerbeirat/ Projekt „Forum der Vielfalt“, Amt für Multikulturelle Angelegenheiten (AMKA), Frankfurt am Main
17.12.2018	Forum der Vielfalt Dialogtreffen Veranstalter: agah-Landesausländerbeirat/ Projekt „Forum der Vielfalt“, Gießen

Das Projekt wurde auch in 2019 fortgesetzt. Nachdem der agah-Vorstand im Dezember 2019 entschieden hat, keinen Antrag auf Fortsetzung in 2020 zu stellen, wurde das Projekt Ende 2019 beendet. Die Sachberichte liegen dem Ministerium vor.

3.2.5.4 AdiNet Rhein-Main

Die agah hatte im Jahr 2012 das *Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen* im Rahmen einer Förderung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) initiiert, das seitdem erfolgreich und auf Grundlage des horizontalen Ansatzes arbeitete. Dieses Netzwerk zielte darauf ab, die Akteur*innen auf Landesebene zu vernetzen sowie Diskriminierung und Rassismus überregional entgegen zu wirken, Vorurteile und Ausgrenzungen abzubauen (vergleiche 3.2.5.1).

Das Land Hessen entschied 2018, eine in Teilen vergleichbare Arbeit im Rahmen von regionalen Netzwerken zu fördern. Die agah bewarb sich erfolgreich um die Trägerschaft für das Antidiskriminierungsnetzwerk Rhein Main (AdiNet Rhein-Main). Daneben bestehen weitere Netzwerke in Nord-, Mittel- und Südhessen.

Ausgangspunkt für die Konzeption von AdiNet Rhein-Main ist die Überlegung, die im Bereich der Antidiskriminierung und der Bekämpfung von Vorurteilen und Rassismus arbeitenden Organisationen und Akteur*innen im Rhein-Main-Gebiet in einem regionalen Netzwerk nach dem horizontalen Ansatz zusammenzuschließen, um einerseits wirksamer und verstärkt im Alltag für Diskriminierungserfahrung(en) Betroffener zu sensibilisieren sowie bedarfsorientierte Präventionsmaßnahmen zu entwickeln und kommunal zu implementieren.

Andererseits sollen durch Erfahrungsaustausch, gegenseitige Information sowie Trainings intersektionale Lernprozesse angestoßen und die Akteur*innen gestärkt werden, in ihrem lokalen Wirkungskreis wirkungsvoll zum Abbau von Diskriminierungen beizutragen und für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft einzutreten.

Ein besonderer Fokus des Projekts liegt auf der Vernetzung und Kooperation von Akteur*innen im Bereich Antidiskriminierung als Basis für eine proaktive Sensibilisierungs- Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit in der Region Rhein-Main.

Das Rhein-Main-Gebiet weist – anders als in eher ländlich geprägten Räumen Hessens – inzwischen zumindest in den Großstädten eine Vielzahl von unterschiedlichen Angeboten und Anlaufstellen im Bereich Anti-Diskriminierung auf. Viele Organisationen sind bereits in diesem Bereich tätig. Eine aktive Zusammenarbeit ermöglicht es, Problem- und Handlungsfelder zu erkennen, vorhandene Ressourcen zu bündeln und Kompetenzen weiterzugeben und auf diese Weise ein gesellschaftliches Bewusstsein für Diskriminierungspraxen zu schaffen.

Bestehende Angebot für von Diskriminierung(en) Betroffene sollen durch die Vernetzung und gezielte Öffentlichkeitsarbeit besser und breit kommuniziert werden, in Kreisen mit bestehender Unterversorgung wird die Einrichtung bedarfsorientierter Angebote für Betroffene unterstützt.

Leitgedanke ist dabei, einerseits Betroffene und Akteur*innen zu stärken, andererseits mit gezielten Maßnahmen im täglichen Zusammenleben der Menschen Diskriminierungen präventiv vorzubeugen bzw. sie abzubauen.

Die Konzeption des „Antidiskriminierungsnetzwerks Rhein-Main“ basiert daher im Wesentlichen auf 5 Füßen:

- **Vernetzung** der lokalen Akteur*innen im Rhein-Main-Gebiet mit spezifischen Handlungsfeldern und Kompetenzen im Bereich Antidiskriminierung durch Institutionalisierung regelmäßiger Vernetzungstreffen u.a. mit der Zielsetzung des Erfahrungsaustauschs, der Bündelung und Weitergabe von Kompetenzen im Bereich Antidiskriminierung (peer-education-Ansatz)
- **Empowerment und Qualifizierung:** Sensibilisierungstrainings zu intersektionaler Diskriminierung, Empowermenttrainings für vulnerable Statusgruppen
- **Sensibilisierung**
- **Prävention,** Entwicklung und Schritte zur Implementierung von und Präventionsmaßnahmen auf lokaler Ebene und Schaffung weiterer Anlaufstellen im Rhein-Main-Gebiet
- **Öffentlichkeitsarbeit**

Dafür wurden folgende Strukturen geschaffen:

- Runder Tisch „Rhein-Main“
- Runde Tische „Rhein-Main West“ und „Rhein-Main Ost“
- Lenkungsgruppe
- Einrichtung von Arbeitsgruppen zu Einzelbereichen

- Einrichtung einer Leitungs- und Koordinierungsstelle mit hauptamtlich beschäftigten Mitarbeiter*innen

Mit viel Wissen, Erfahrung und Engagement wurden Ende 2018 die grundlegenden Voraussetzungen zur Umsetzung der Konzeption für AdiNet Rhein-Main auf den Weg gebracht und erste Veranstaltungen organisiert und durchgeführt:

26.11.2018	AdiNet Rhein-Main Auftaktveranstaltung und anschließender Empfang Veranstalter: agah-Landesausländerbeirat/ Projekt „Antidiskriminierungsnetzwerk Rhein-Main“, Frankfurt am Main
08.12.2018	Sensibilisierungstraining Veranstaltung Veranstalter: agah-Landesausländerbeirat/ Projekt „Antidiskriminierungsnetzwerk Rhein-Main“, Frankfurt am Main
09.12.2018	„Empowerment“ Workshop Veranstalter: agah-Landesausländerbeirat/ Projekt „Antidiskriminierungsnetzwerk Rhein-Main“, Frankfurt am Main
14.12.2018	AdiNet Rhein-Main Lenkungstreffen Veranstalter: agah-Landesausländerbeirat/Projekt „Antidiskriminierungsnetzwerk Rhein-Main“, Frankfurt am Main

Der Sachbericht liegt dem Ministerium vor.

3.2.5.5 „Diskriminierungserfahrungen in Deutschland 2015“

In Rahmen einer Auftragsarbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes beteiligte sich die agah von September bis Dezember 2015 an einer Erhebung zu Diskriminierungserfahrungen, Zielgruppe ältere und/oder pflegebedürftige Menschen mit Fokus auf Menschen mit Migrationsgeschichte in Hessen.

3.2.6 Vernetzung/Gremienarbeit

Eine effektive und wirkungsvolle Antidiskriminierungsarbeit ist nach Überzeugung der agah nur in Zusammenarbeit und Kooperation mit möglichst vielen anderen Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft, aber auch staatlichen Stellen möglich.

Da ein wesentlicher Teil der agah-Aktivitäten seit Ihrem Bestehen im weiteren und engeren Sinn Arbeit gegen Diskriminierungen und Rassismus beinhaltet, ist die

agah spätestens seit Anfang der 90er Jahre gerade in diesem Feld breitestens vernetzt. Ob es die Merkmale ethnische Herkunft, Religion, Geschlecht, Alter, sexuelle Identität oder Behinderung betrifft, die agah hatte bereits – allerdings in unterschiedlichem Ausmaß vielerlei Vernetzungen. Im Berichtszeitraum sollten und wurden diese – teils durch die Projekte, teils in anderen Zusammenhängen – deutlich intensiviert (vergleiche dazu auch Kapitel 4).

Runder Tisch „LGBT*IQ-Initiativen“

Seit 2013 arbeitete die agah beim Runden Tisch „LGBT*IQ-Initiativen“, der im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration angesiedelt ist, und damit auch bei der Erarbeitung des Hessischen Aktionsplans für Akzeptanz und Vielfalt“, der in 2015 erarbeitet wurde, aktiv mit:

17.05.2013	Sitzung, Wiesbaden
27.02.2015	Sitzung, Wiesbaden
30.05.2015	Regionaler Beteiligungstag im Rahmen der Erarbeitung des „Hessischen Aktionsplans für Akzeptanz und Vielfalt“, Darmstadt
13.06.2015	Regionaler Beteiligungstag im Rahmen der Erarbeitung des „Hessischen Aktionsplans für Akzeptanz und Vielfalt“, Gießen
24.04.2015	Sitzung des Kompetenzteams „Queer und Migration“, Frankfurt am Main
23.05.2015	Sitzung des Kompetenzteams „Queer und Migration“, Frankfurt am Main
24.06.2015	Sitzung des Kompetenzteams „Queer und Migration“, Frankfurt am Main
27.11.2015	Sitzung, Wiesbaden
22.01.2016	Sitzung, Wiesbaden
30.06.2017	Sitzung, Wiesbaden
22.11.2017	Sitzung, Wiesbaden
07.09.2018	Sitzung, Wiesbaden

Stabsstelle Antidiskriminierung im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration

Regelmäßige Austauschtreffen zu Antidiskriminierungsfragen, aber auch zu (Grenz)Abstimmungen mit anderen Träger*innen fanden - soweit dokumentiert - statt:

01.04.2015	Vernetzungssitzung LADS-agah-response, Wiesbaden
19.05.2015	Vernetzungssitzung LADS-agah-response, Wiesbaden
09.02.2016	Vernetzungssitzung LADS-agah-response, Wiesbaden
15.09.2016	Vernetzungssitzung LADS-agah-response, Wiesbaden
14.03.2017	Vernetzungssitzung LADS-agah-Adibe, Wiesbaden
21.06.2017	Gespräch mit der Leiterin der Stabsstelle Antidiskriminierung, Wiesbaden
20.07.2017	Gespräch mit der Leiterin der Stabsstelle Antidiskriminierung, Wiesbaden
28.11.2017	Gespräch, Stabsstelle Antidiskriminierung, Wiesbaden
28.11.2018	Gespräch mit der Leiterin der Stabsstelle Antidiskriminierung, Wiesbaden

Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Ein regelmäßiger Austausch fand zumeist projektbezogen mit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes statt. Die Termine sind Kapitel 4.4 zu entnehmen.

Veranstaltungen als Plattform der Information und Vernetzung

Auch die Teilnahme an einer Vielzahl von Veranstaltungen staatlicher Stellen und von Organisationen diente der Information, des Austausches und der Vernetzung. Eine Auswahl nachstehend. Alle Termine sind in Kapitel 4 dokumentiert.

01.12.2011	„Präsentation des Hessischen Aktionsplans zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“, Fachtagung, Veranstalter: Hessisches Sozialministerium, Hessisches Kultusministerium, Der Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Menschen mit Behinderung Fortbildungszentrum der Landesärztekammer Hessen, Bad Nauheim
------------	--

- 04.07.2013 „Entwicklungen in der Anti-Diskriminierungsarbeit“, Gespräch, Veranstalter: Amt für Multikulturelle Angelegenheiten, Ombudsstelle-Antidiskriminierung, Frankfurt am Main
- 30.08.2013 „Die Behindertenrechtskonvention in hessischen Regionen - die Modellregionen stellen sich vor“, 3. Hessischer Tag der Menschen mit Behinderungen, Veranstalter: Hessischer Landtag, Hessisches Sozialministerium, Wiesbaden
- 28.03.2015 „Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Pegida und Flüchtlinge in Hessen“, Diskussionsveranstaltung, Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im SPD-Bezirk Hessen-Nord, Rotenburg a.d. Fulda
- 01.12.2015 „Antidiskriminierungsarbeit“, Podiumsdiskussion im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Wir in Wiesbaden 2015 - Draußen nur Kännchen", Veranstalter: Amt für Zuwanderung und Integration - Landeshauptstadt Wiesbaden, Jugendinitiative Spiegelbild, Wiesbaden
- 08.07.2016 „LSBTT*IQ-Politiken im Wandel-Europa, Deutschland, Hessen“, Fachtag, Veranstalter: Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, Wiesbaden
- 21.02.2017 „Migration und Behinderung“, Konferenz, Veranstalter: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit einer Behinderung, Frankfurt am Main
- 23.11.2017 "Migration und Behinderung in Hessen", Workshop, Veranstalter: Die Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Menschen mit Behinderung Wiesbaden
- 08.12.2017 „Eine Frage des Alters und des Geschlechts? Alltagsdiskriminierungen in Hessen“, Veranstaltung, Veranstalter: Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, Wiesbaden
- 09.02.2018 „LSBT*IQ-Vernetzung in Hessen“, Fachtag, Wiesbaden
- 22.06.2018 „Aufarbeitung von Verfolgung und Repression lesbischer und schwuler Lebensweisen in Hessen 1945-1985, Präsentation der Studie zum Aufarbeitungsprojekt der Hessischen Landesregierung, Wiesbaden
- 29.06.2018 „Parlamentarischer Regenbogenabend 2018 - Regenbogen*Solidarität“, Fachgespräch, Veranstalter: Bündnis 90/ Die Grünen Bundestagsfraktion, Berlin
- 07.09.2018 Sommerempfang für LSBTIQ-Gruppen, Wiesbaden, Hessischer Landtag

19.11.2018 „Antidiskriminierung Mittelhessen“, Fachtag, Veranstalter: Landkreis Gießen, Universitätsstadt Gießen, Landkreis Marburg-Biedenkopf, Universitätsstadt Marburg, Marburg

3.2.7 Weitere Veranstaltungen

Weitere Veranstaltungen der agah:

- 09.12.2012 „Schulung zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz“
Tagung
Veranstalter: Hessische Landeszentrale für politische Bildung (HLZ), agah-Landesausländerbeirat in Kooperation mit dem Ausländerbeirat Marburg und dem Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen, Frankfurt am Main
- 15.12.2012 „Schulung zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz“
Tagung
Veranstalter: Hessische Landeszentrale für politische Bildung (HLZ), agah-Landesausländerbeirat in Kooperation mit dem Ausländerbeirat Marburg und dem Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen, Frankfurt am Main
- 13.04.2013 „Schulung zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)“
Tagung
Veranstalter: Hessische Landeszentrale für politische Bildung (HLZ), agah-Landesausländerbeirat in Kooperation mit dem Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen, Gießen
- 17.04.2013 „Eine neue Antidiskriminierungskultur für Hessen“
Podiumsdiskussion, Frankfurt am Main
- 26.05.2013 „BeraterInnen- und Multiplikatoren-schulung zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)“
Schulung, Veranstalter: agah-Landesausländerbeirat, Hessische Landeszentrale für politische Bildung, Gießen
- 26.01.2015 Kundgebung gegen Rassismus
Veranstalter: Verschiedene. Unterstützer: u.a. agah-Landesausländerbeirat, Frankfurt am Main
- 09.10.2015 „Migrant - Behindert - Abgehängt?!“
Inklusives Forum
Veranstalter: agah-Landesausländerbeirat, Türkisch-deutsche Gesundheitsstiftung, Internationaler Bund (IB) Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e.V. - Verbund Behindertenhilfe, Frankfurt am Main

13.10.2018 „#wirsindmehr“
Großdemonstration, Veranstalter: Lautstark gegen rechts und
diverse andere (u. a. agah-Landesausländerbeirat und Netz-
werk gegen Diskriminierung), Frankfurt am Main